

Bericht zum Werkstattgespräch von LiSL und der FDP-Landtagsfraktion in NRW mit dem Thema „Keine Ahnung von Schwulen und Lesben – wie schafft man Akzeptanz in der Schule?“ am 08.04.2014

Nachdem der VLSP im Vorjahr die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei der Vorbereitung einer Gesetzesinitiative kritisch unterstützt hat, wurden wir nun von den liberalen Schwulen und Lesben sowie der FDP-Fraktion im Landtag NRW gebeten, an einem Werkstattgespräch teilzunehmen. Ich (René Oehler) habe den VLSP als Vorstandsmitglied bei der Veranstaltung gerne vertreten. Dies gab uns die Möglichkeit, den über 60 Gästen der Veranstaltung sowie den Anwesenden Politiker_innen der FDP wichtige psychologische Inhalte über die Entwicklungsherausforderungen junger Lesben, Schwulen und Bisexuellen zu vermitteln und darzulegen, dass Lehrer_innen nur dann kompetent mit dem Thema im Unterricht umgehen können, wenn sie einerseits über genügend Basiswissen verfügen und wenn sie andererseits einen Rahmen erhalten, um ihre eigene Haltung zu und ihren Umgang mit dem Thema Homo- und Bisexualität zu reflektieren. Es ergab sich aus dem Vortrag ein interessanter Austausch mit den Fachpolitiker_innen, schwul-lesbisch-bisexuellen und transidenten Beratungsinitiativen sowie einem Vertreter der „Schule der Vielfalt“, welcher daran interessiert ist, sich näher mit uns über die Möglichkeiten der Lehrer_innenaus- und weiterbildung zu unterhalten. Nicht zuletzt zeigten sich auch Vertreter der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) an unserer Arbeit interessiert und berichteten von einer für den 30.04.2014 geplanten Veranstaltung mit Prof. Dr. Rita Süßmuth, in welcher beraten werden soll, warum sich viele Menschen in der Union mit einer offeneren Haltung gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen schwer tun und inwiefern hier Veränderungen denkbar sind. Die Politiker_innen der FDP zeigten sich sehr daran interessiert, die Gleichstellung und die Lebensbedingungen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen zu verbessern und distanzierten sich unmissverständlich von einer Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg, Herrn Rülke. Dieser hatte „andere“ Lebensformen als tolerabel und akzeptiert bezeichnet, jedoch betont, dass die bevorzugte Lebensform die Familie sein solle. Außerdem ließ er ein Grußwort auf einer Demonstration gegen den baden-württembergischen Bildungsplan verlesen, welche von christlichen Aktivist_innen organisiert und von der CDU unterstützt wurde. Susanne Schneider, die Sprecherin für Frauen- und Genderpolitik der NRW-FDP und die Vize-Fraktionsvorsitzende Angela Freimuth verdeutlichten, dass es eine staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit sein müsse, Lebensentwürfe und -konzepte frei und gleichberechtigt wählen zu dürfen. Kritische Fragen von Teilnehmer_innen des Werkstattgesprächs mussten sich die FDP-Politiker_innen bezüglich ihres Abstimmungsverhaltens in der letzten Bundesregierung gefallen lassen, wo sie sich in Bezug auf lesbische, schwule und bisexuelle Inhalte in ähnlicher Weise am größeren Koalitionspartner die Zähne ausgebissen und das Thema dann als weniger prioritär behandelt haben, ebenso wie aktuell die SPD. Somit muss abgewartet werden, ob die Initiativen der LSU zukünftig Erfolg haben werden oder ob es eine völlige Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen erst mit einer Bundesregierung ohne Unionsbeteiligung geben wird. Kontrovers wurde das Thema Transsexualität diskutiert. Anwesende Transsexuelle fühlten sich benachteiligt, da das Werkstattgespräch sich auf Homosexualität konzentrierte. Hierbei wurde deutlich, dass es noch keine mehrheitlich befriedigende Lösung für den Umgang mit dem Thema Transsexualität gibt. So gab es Stimmen, welche ihre eigene Identität nicht in einer LGBTTIQ-„Masse“ aufgehen sehen wollen, da sie sich nicht als „ein LGBTTIQ“-Mensch sehen, sondern beispielweise als Schwuler oder Lesbe. Auch wurde die Frage gestellt, ob es Transidenten gegenüber angemessen wäre, „ihr“ Thema immer nur „huckepack“ zu nehmen. Den Transidenten war anzumerken, dass sie schon froh darüber wären, ausreichend Gehör zu finden. So wurde von ihrer Seite beklagt, dass die

Politik sich kaum bemühe, den entsprechenden Beratungsstellen Wege zu eröffnen, sich in Schulen darzustellen. Susanne Schneider versprach, sich auch den Transidenten verstärkt anzunehmen.

Für den VLSP war die Veranstaltung ein Erfolg. Wir stärken unsere Vernetzung mit schwul-lesbisch-bisexuellen und transidenten Initiativen und wir schaffen es – langsam aber stetig – Politiker_innen stärker für psychologische Inhalte im Rahmen schwul-lesbisch-bisexueller und zukünftig auch vermehrt transidenter Lebenswelten zu sensibilisieren und darüber mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Im Interesse unserer Zielgruppe werden wir auch weiterhin das Gespräch mit allen Politiker_innen suchen, die sich zu demokratischen und menschenrechtlichen Werten bekennen.



Quelle: FDP-Landtagsfraktion, von links nach rechts: Angela Freimuth (Vize-Vorsitzende der NRW-FDP-Landtagsfraktion), Susanne Schneider (Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik der FDP-Landtagsfraktion), René Oehler (Vorstand VLSP), Michael Kauch (Bundesvorsitzender der liberalen Schwulen und Lesben), Bodo Busch (Vertreter der Initiative „Schule der Vielfalt“. Gabriele Bischof (Vertreterin der ARCUS-Stiftung)